

Ergebnisprotokoll
der 15. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 19.01.2017

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat Herr Senator Dr. Lohse
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion Herr Crueger
Herr Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmann

Fraktion Herr Saxe
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Bücking

Die Linke Frau Bernhard

FDP-Fraktion Herr Buchholz

II Verwaltung

Frau Jüngst
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Polzin
Frau Rüpke
Herr Musiol
Frau Kamp,
Herr Viering
Herr Dr. Sünnemann
Herr Dr. Kumpfer
Herr Eickhoff
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Frau Pieper
Frau Dr. Kodré

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr
Die Senatorin für Soziales, Jugend,
Frauen, Integration und Sport

III Gäste

Herr Hermening OAL Hemelingen

IV Gastdeputierte

Frau Schiemann
Herr Hamann
Frau Dr. Schaefer
Herr Saffe
Herr Schwarz
Herr Janßen

SPD-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis '90/ Die Grünen
Fraktion Bündnis '90/ Die Grünen
CDU-Fraktion
Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 15. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

TOP 9 „Öffentliche Trinkbrunnen in der Stadt Bremen“ und **TOP14f)** „Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße“ werden **vertagt**.

Es gibt **zwei Nachträge** zur Tagesordnung:

TOP 13a „Ergänzung der Verfahrensvereinfachungen bei der Errichtung von temporären Kindertagesstätten im Rahmen des Sofortprogramms Kita-Mobilbau“ liegt als **Tischvorlage** aus.

Und **TOP 13b** „NAS2018 Gründung zweier Gesellschaften Kauf der Entsorgung Nord GmbH“ war ursprünglich für die nichtöffentliche Sitzung vorgesehen, wird nun aber öffentlich aufgerufen.

Zu **TOP 13** „Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes“ und **TOP 14e)** „Innenstadtparkhäuser bedarfsgerecht weiterentwickeln“ liegen **Neufassungen** vor.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 19/13 der Sitzung am 27.10.2016 Protokoll 19/14 der Sitzung am 24.11.2016)	
-------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Herr Strohmann erinnert an seinen Berichtswunsch zum Umsetzungsstand des neuen ZOB. Ihm sei ein Bericht in dieser Sitzung angekündigt worden. Der Bericht soll daher zur nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Siehe auch Protokoll der 15. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 19.01.2017.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für

Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Schlichtbauten abreißen - Neubau als Chance verstehen und Obdachlosigkeit bekämpfen - Schlichtwohnungen erhalten - 6, 7, SBD -	Vorlage 19/218
--------------	--	-------------------

Frau Dr. Kodré berichtet, dass es Aufgabe des Sozialressorts sei, dafür zu sorgen, dass Menschen, die keine Wohnung haben oder schlecht zu vermitteln seien, Wohnraum bekommen. Dabei sei es wichtig, in Wohnmöglichkeiten vermitteln zu können, die abseits des normalen Sozialwohnungsbaus liegen. Hierfür boten die Schlichtwohngebiete immer eine gute Möglichkeit. Aber es müsse sich dabei auch um Wohnraum handeln, der nicht gesundheitsschädlich sei und der einen gewissen Standard aufweise und damit habe man Probleme bei den Schlichtbauten, so wie sie sich im Moment darstellen. Aus diesem Grund wurden auch kaum mehr Einweisungen vorgenommen. Eine zweite Frage sei, was passiere mit den Mieterinnen und Mietern der Schlichtbauten. Viele davon brauchen ganz normalen, bezahlbaren Wohnraum. Die Sozialbehörde könne sich natürlich nicht in die Mietverhältnisse einmischen, aber die Mieterinnen und Mieter soweit möglich unterstützen. Dazu gab es auch Beschlüsse der Beiräte in Hemelingen und in Walle. In Zukunft werde es eine Ansprechperson geben, die die Bedürfnisse und Probleme aufnimmt und an das Sozialressort weitergibt. Sie bittet die anwesenden Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlungen, die Lage einmal aus ihrer Sicht zu schildern.

Herr Hacikerimoglu stellt sich als Bewohner der Holsteiner Straße vor. Er sei dort geboren und aufgewachsen und lebe nun mit seiner Frau und sechs Kindern dort. Er hätte es begrüßt, wenn in die Nachbarwohnungen, die auf Kosten der Steuerzahler renoviert worden seien, eine Familie mit Kindern einziehen würde. Aber diese Wohnungen haben kein warmes Wasser und einen Ofen und Kamin. Ihn störe dies nicht, er kenne nichts anderes. Seine Familie sei fest im Stadtteil verwurzelt, ebenso wie viele andere in der Siedlung Holsteiner Straße. Dort habe man eine gute Durchmischung. Einige Nachbarn würden dort schon seit über 40 Jahren wohnen. Die Vonovia biete Wohnungen an, die doppelt so teuer seien, wie er es sich als Erzieher leisten könne. Er möchte gerne in Walle in den Häusern bleiben. Es sei sein Wunsch, das friedlich zu lösen, auch mit der Vonovia. Er appelliert an Herrn Senator Dr. Lohse um Unterstützung.

Herr Senator Dr. Lohse bedankt sich für den Vortrag, der die Situation der Bewohnerinnen und Bewohner sehr anschaulich gemacht habe. Es sei absolut nachvollziehbar, dass diese ein großes Interesse haben, dort wohnen zu bleiben, wo sie seit Jahrzehnten wohnen. Der Senat könne aber nur auf der Basis der bestehenden Gesetze handeln und es gebe keine rechtlichen Möglichkeiten, etwas anzuordnen, etwas gesetzlich zu erzwingen. Daher beibe nur der Weg der Verhandlung mit den Akteuren. Und diese Gespräche werden seit langer Zeit geführt.

Frau Prof. Dr. Reuther führt aus, dass es in Bremen drei Siedlungen gebe, die der Vonovia gehören. Mit dieser sei das Ressort gemeinsam mit dem Sozialressort im Gespräch. In der Siedlung an der Holsteiner Straße habe man bezogen auf die Absichten der Vonovia keine Möglichkeit mittels Planungsrecht einzuschreiten. Bei der Siedlung Am Sacksdamm in Hemelingen möchte die Vonovia ein neues Projekt auf den Weg bringen. Dafür müsse ein neues Planungsrecht angestrebt werden, es sollen dort mehr Wohnungen realisiert werden, als heute vorhanden sind. Dann könne man nach dem Beschluss des Senats auch 25% preiswerten Wohnungsbau fordern. Im Bereich der Reihersiedlung gebe es noch keine Entscheidung seitens der Vonovia. Dort gehe es um den Bestand und dazu sei Frau Dr. Kodré im Gespräch mit dem Unternehmen über den Umgang mit den Menschen, die dort wohnen.

Frau Dr. Kodré ergänzt, dass das Sozialressort gerne die Holsteiner Straße so erhalten hätte. Das sei leider nicht gelungen, man habe keine Eingriffsmöglichkeiten. In der Reihersiedlung sei die Zielsetzung, dass dort auf jeden Fall auch sogenannter einfacherer Wohnraum entstehen solle. Gleichzeitig wolle man auch eine Konstellation, die in der Nachbarschaft und auch vom

Beirat angenommen werde. Man brauche Wohngebiete, in denen unterschiedliche Gruppen miteinander in einer funktionierenden Nachbarschaft leben, so wie es eben beschrieben wurde. Das bekomme man aber nicht auf dem Reißbrett. Es sei zu hoffen, dass insgesamt unter den genannten Maßgaben ein gutes Ergebnis erzielt werden könne.

Herr Bücking stellt fest, dass man sich hier gemeinsam in einer sehr schwierigen und unangenehmen Situation befinde. Es sei ungerecht und eine Zumutung für die Betroffenen. Es stelle sich die Frage, welche Hebel man habe, damit es so fair wie möglich verlaufe. Eine Erhaltungssatzung wurde geprüft, diese könne nicht helfen. Man habe keinen Hebel, um zu erzwingen, dass die Vonovia diese Gebäudebestände in Ihrem jetzigen Zustand erhalte. Sie sei nicht bereit, an die Gewoba zu verkaufen und auch nicht, freiwillig etwas zu machen. Lediglich die Reihersiedlung sei im Angebot. Man stehe in der Tat mit ziemlich leeren Händen da und könne nichts anbieten, was die Situation ernsthaft verbessern würde.

Herr Crueger weist darauf hin, dass es in Hemelingen um zusätzliche Flächen gehe, die sich in öffentlicher Hand befinden und die die Vonovia erwerben wolle. Zudem müsse ein neues Planrecht geschaffen werden, damit das, was die Eigentümerin plane, auch gelingen könne. Dies sei eine sehr gute Ausgangssituation, um mit der Vonovia darüber zu sprechen, wie man es schaffen könne, dass die Bewohnerinnen und Bewohner dort auch zukünftig weiterhin untergebracht werden können. Das sei eine Idee des Beirats Hemelingen. Zumindest hier gebe es eine realistische Chance.

Frau Bernhard betont, dass es in Bremen einen exorbitanten Bedarf an bezahlbaren Wohnungen gebe. Es seien unterschiedliche Zielgruppen zu versorgen und man sehe eine Entwicklung bei der die Möglichkeiten jeden Tag schlechter würden. Sie wehrt sich gegen die Interpretation, dass man dagegen nichts tun könne. Jeden Tag verliere man Sozialwohnungen aus den Bindungen. Und der Bedarf steige gleichzeitig täglich. Im Grunde genommen habe man keinen bezahlbaren Wohnraum für den Bedarf, der in Bremen vorhanden sei. Das bekomme man mit den Schlichtwohnungen massiv zu spüren. Die Idee, die Schlichtsiedlungen auf einen Standpunkt zu konzentrieren, sei eine seltsame Perspektive. Man sollte um jeden einzelnen Standort kämpfen. Mit dem Bebauungsplan, der noch erstellt werden müsse, habe man durchaus einen Hebel, um Bedingungen zu knüpfen, z. B. ein entsprechendes Rückzugsrecht und eine erschwingliche Miethöhe für die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner. Bei der Holsteiner Straße sollen es künftig 8 € pro m² sein, das könne die Zielgruppe nicht bezahlen. Einig sei man sich darin, dass saniert werden müsse. Aber dies müsse so erfolgen, dass die Wohnungen auch bezahlbar bleiben. Bremen müsse sich im eigenen Interesse mit der Wohnungsbaugesellschaft auseinandersetzen und die Bedingungen prüfen und als Auflagen definieren.

Frau Neumeyer stimmt zu, dass der Bedarf an sozialem Wohnungsbau sehr groß sei und es viel zu wenige Wohnungen gebe. Sie sehe aber auch eine Chance in der jetzigen Situation. Die Vonovia sei Eigentümerin der Grundstücke. An allen drei Standorten gebe es Leerstände, Brandruinen und man könne vielmehr Wohnraum schaffen, indem dort neue Wohnungsprojekte gebaut werden. Natürlich könne man mit der Vonovia sprechen, diese Gespräche haben auch stattgefunden. Wenn man von 25 % Sozialwohnungen und den Planungen der Vonovia ausgehe, dann könne man bereits jetzt mehr Sozialwohnungen schaffen, als bisher da seien. Natürlich könne man mit der Vonovia auch darüber reden, ob sie diese Quote erhöhe. Sie sehe die Chance, neue Wohnungen mit den aktuellen Standards bezahlbar zu schaffen.

Herr Viering erläutert, dass eine Erhaltungssatzung erlassen werden könne, um die Gebäude im Sinne des Denkmalschutzes oder Stadtbildes zu erhalten. Das komme hier nicht in Betracht. Dann gebe es die Möglichkeit einer sogenannten Milieuschutzsatzung im Baugesetzbuch. Dabei gehe es darum, die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung zu erhalten. Voraussetzung wäre aber ein deutlich größeres Gebiet. Auf ein paar Gebäude oder eine Gebäudegruppe sei dies nicht anwendbar. Aber selbst wenn man die Voraussetzungen erfüllt hätte, habe man nicht automatisch Erfolg. Der Eigentümer könne den Abbruch trotzdem durchsetzen, wenn er nachweisen könne, dass der Erhalt nicht wirtschaftlich sei. Alleine diese Wohnungen auf einen Stand zu bringen, wie es heute im normalen Mietwohnungsmarkt üblich sei, wäre wohl sehr teuer und es

spreche sehr viel dafür, dass auch diese Unwirtschaftlichkeit nachgewiesen werden könnte. Aber die Voraussetzungen seien eben nicht gegeben. Ein Abriss der Gebäude müsse nur für einen Teil dieser Siedlung beantragt werden, dabei gehe es aber nur um Fragestellungen des möglichen Denkmalschutzes und technische Fragen, insbesondere des Schutzes von Nachbargebäuden. Kleine Gebäude dürften ohne Antrag abgerissen werden. Das bedeute, man habe auch nicht die Möglichkeit, den Abriss zu versagen.

Herr Hermening verweist auf die bestehende Beschlussfassung des Beirats und bemängelt, dass diese in die Vorlage nicht eingeflossen sei. Der Beirat habe parteiübergreifend beschlossen. Er fordere eine bauliche Aufwertung des Quartiers mit Bewohnerbeteiligung und Beteiligung des Beirats durch die Vonovia. Diese dürfe die bisherigen, langjährigen BewohnerInnen nicht vertreiben. In Hemelingen bestehe die Möglichkeit, in Verhandlungen zu treten, wozu die Vonovia auch bereit sei. Diese benötige das nebenan liegende Grundstück und es wäre zu begrüßen, wenn die Politik der Verwaltung den Auftrag geben würde, entsprechend zu verhandeln. Das, was der Beirat sich gewünscht habe, die Bewohnerbeteiligung bei der Umgestaltung des Quartiers durchzuführen, sei von der Bauverwaltung so nicht weitergegeben worden. Es wäre gut, wenn man dies ändern könnte. Der Beschluss könnte darum ergänzt werden, dass in den Verhandlungen der Vonovia zum Verkauf des angrenzenden Geländes der Verbleib der BewohnerInnen im Quartier mit eingehandelt werde und die Bewohnerinnen und Bewohner auch bei der Neugestaltung beteiligt werden. Seinen Erfahrungen nach seien die BewohnerInnen ExperteInnen ihres Umfeldes und brächten meist sehr konstruktive und gute Vorschläge ein.

Frau Staatsrätin Friderich berichtet, dass sehr intensive Verhandlungen geführt würden, wie Möglichkeiten des Rückzugsrechts realisiert werden könnten. Dazu brauche die Verwaltung keinen gesonderten Auftrag. Bedauerlicherweise gebe es dabei die genannten rechtlichen Grenzen. Für die beiden Siedlungen Am Sacksdamm und Holsteiner Straße gebe es eine klare Aussage der Eigentümerin, dass sie hier auf Neubau setze. Die Verwaltung werde alle Möglichkeiten nutzen, um Rückzugsrechte der jetzigen Bewohnerinnen und Bewohner zu ermöglichen. Es gebe deutliche Anzeichen von Seiten der Vonovia, dass sie bereit sei, zumindest konstruktiv darüber zu reden und darüber nachzudenken.

Frau Bernhard regt an, das Rückzugsrecht als dritten Beschlusspunkt mit aufzunehmen. Die Stadt habe durchaus Möglichkeiten in diese Richtung zu verhandeln. Ohne Baurecht könne die Vonovia nicht bauen.

Herr Bücking greift diese Idee auf. Man solle sich aber auch keine Illusionen machen, wenn man Sozialwohnungen schaffe, dann würden diese 6,50€/m² kosten und hätten ganz bestimmte Grundrisse. Die Frage, zu welchen Bedingungen dann zurückgekehrt werde, sei schwierig zu lösen.

Frau Neumeyer regt an, wenn eine weitere Ergänzung der Beschlussziffern gewünscht ist, könne ein entsprechender Antrag in die Bremische Bürgerschaft eingebracht werden.

Herr Bücking erklärt, dass die Fraktionen B'90/Die Grünen und die SPD in der Bürgerschaft den Antrag einbringen würden, mit etwa folgendem Tenor: „Wir bitten die Verwaltung über ein Rückzugsrecht zu verhandeln und anschließend der Deputation Bericht zu erstatten.“

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem Berichtsentwurf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft)

*Zustimmung
gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und DIE LINKE*

TOP 5	Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 124 (zugleich zum Teil Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von vier Wohnheimen für Studierende und Geflüchtete an der Anne-Conway-Straße in Bremen-Horn-Lehe -Planaufstellungsbeschluss -Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/209
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 124 für die Errichtung von vier Wohnheimen für Studierende und Geflüchtete an der Anne-Conway-Straße in Bremen-Horn-Lehe nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 124 für die Errichtung von vier Wohnheimen für Studierende und Geflüchtete an der Anne-Conway-Straße in Bremen-Horn-Lehe (Bearbeitungsstand 08.12.2016) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 124 für die Errichtung von vier Wohnheimen für Studierende und Geflüchtete an der Anne-Conway-Straße in Bremen-Horn-Lehe (Bearbeitungsstand 08.12.2016) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 100 für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße -Planaufstellungsbeschluss -Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/222
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 100 nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 100 für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße (Bearbeitungsstand: 14.12.2016) ein-

schließlich Begründung zu.

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 100 für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße (Bearbeitungsstand: 14.12.2016) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 7	10. Ortsgesetz über die Gestaltung der Fassaden und der besonderen Anforderungen an Dächer für ein Gebiet zwischen Stephanibrücke, Eduard-Schopf-Allee, Doventorstraße, Diepenau und Hinter der Mauer -Planaufstellungsbeschluss -63-/-FB 01-	Vorlage 19/223
--------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet ein Ortsgesetz aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Einstimmig

TOP 8	STRASSEN BENENNUNG Bergener Straße u.a. - ASV -	Vorlage 19/220
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Vorschläge zur Kenntnis und beschließt deren Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

TOP 9	Öffentliche Trinkbrunnen in der Stadt Bremen - 3-	Vorlage 19/154
--------------	---	-------------------

vertagt

TOP 10	Planungsmittel für den Bau einer neuen Umsteiganlage in Bremen Gröpelingen im Zusammenhang mit dem Umbau des BSAG-Depots und dem Integrierten Entwicklungskonzept Gröpelingen - 51, 72 -	Vorlage 19/194
---------------	--	-------------------

Frau Sprehe berichtet von einer Veranstaltung vor Ort, gemeinsam mit den Beiratsmitgliedern. Die Verantwortlichen hätten vor Ort Fragen und kleine Verbesserungsvorschläge aufgenommen. Der Vorschlag, der umgesetzt werden sollte, biete städtebaulich gute Chancen für den Ortsteil, eine Auflockerung des Gebiets dort zu erhalten. Insbesondere die Umsteigeverbindungen für die ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer würden sich sehr verbessern.

Herr Hamann fragt nach Haltemöglichkeiten für Taxis und nach der Anzahl der vorgesehenen Fahrradbügel. Auf der Skizze scheinen zu wenige dargestellt zu sein. Erforderlich seien auch abschließbare Abstellmöglichkeiten z.B. für Pedelecs.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass mit diesem Projekt zwei der ganz zentralen Planwerke des Ressorts verbunden werden, das IEK Gröpelingen und der Verkehrsentwicklungsplan, der ja auch die Option der weiteren Straßenbahnverlängerung in Richtung Oslebshausen beinhaltet. Es werde ein vergleichsweise geringer Betrag zusätzlich an bremischem Geld investiert, aber ein hoher Zugewinn erreicht, indem die städtebaulich viel attraktivere Variante umgesetzt werde. Die neue Umsteiganlage habe in jeder Hinsicht Vorteile. Die dargestellten Planungsabsichten werden nun mit den örtlichen Gremien und den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert und Fragen wie nach den Fahrradabstellmöglichkeiten, Mobilpunkte usw. im weiteren Prozess abgearbeitet. Man befinde sich am Beginn des Planungsprozesses.

Herr Strohmann begrüßt die Planung. Er weist darauf hin, dass ein Taxistand auf der anderen Straßenseite vorhanden sei. An diesem Standort würde sich auch Carsharing anbieten. Er könne sich perspektivisch vorstellen, Oslebshausen mit der Straßenbahn anzuschließen. Dann könnte auch ein neues Wohngebiet auf der alten Autobahnzufahrt entwickelt werden.

Herr Pohlmann betont, dass mit diesem Konzept nicht nur verkehrspolitisch eine wichtige und notwendige Maßnahme realisiert werde. Aufgrund der Breite der neuen Straßenbahnen müsse eine Veränderung auch in den Reparatur- und Wartungsbereichen vorgenommen werden. Das betreffe natürlich nicht nur Gröpelingen. Die Anlage dort sei der viertgrößte Umsteigepunkt in Bremen mit 24.000 Besucherinnen und Besucher, die dort bisher nicht barrierefrei über das Kopfsteinpflaster ihren Weg suchen. Auch das sei ein Aspekt.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Senatsvorlage vom 13.12.2016 zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Lösung Variante B2 zum Umbau des Betriebshofes einschließlich der Umsteiganlage und dem angrenzenden Straßenraum auf Basis der Planungsstudie (Anlage 2 der beiliegenden Senatsvorlage) zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Form der Finanzierung der Planungsmittel zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die dargestellten Planungsabsichten zur Variante B2 mit den örtlichen Gremien und den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren.

Einstimmig

TOP 11	Integriertes Entwicklungskonzept Grohn - 72 -	Vorlage 19/221
--------	--	-------------------

Frau Sprehe begrüßt das IEK sehr. Es tue sich schon zum jetzigen Zeitpunkt eine ganze Menge in der Grohner Düne, wie das SOS Kinderdorf, das dort in Kürze einen Mittagessensbereich eröffne. Die Wohnungsgesellschaft Grand City Property (GCP) führe Arbeiten an den Wohnungen durch und ein Sicherheitskonzept sei erstellt worden, so dass der Brandschutz dort endlich gewährleistet sei. Die GCP zeige sich durchaus kooperativ, indem sie z. B. einzel-

ne Bereiche z.B. für das SOS Kinderdorf und andere Einrichtungen umsonst zur Verfügung stelle.

Frau Neumeyer begrüßt das IEK ebenfalls. Allerdings sei es längst überfällig, es seien schon viele Jahre vergangen, ohne dass etwas passiert sei. Deshalb möchte sie wissen, welche Ziele und Ergebnisse bis zum ersten Zwischenbericht angestrebt werden.

Frau Dr. Schaefer hält das IEK für ein gutes Signal für Grohn. Es sei ein ganzheitlicher Ansatz, bei dem es nicht nur um die Immobilie gehe, sondern auch um das Umfeld. Bei der Immobilie selber müsse allerdings auch etwas gemacht werden. In der Vergangenheit konnten Kinder im Rollstuhl den ganzen Tag nicht raus, weil sie im zehnten Stock wohnen und der Fahrstuhl nicht funktionierte. Es sei zu begrüßen, dass sehr intensiv auf den Innenhof eingegangen werde, dass dieser attraktiver gemacht werden müsse. In Sachen Sicherheitskonzept bestehe gerade auch mit Blick auf die Vorfälle seit Silvester auf jeden Fall Handlungsbedarf. Es gehe nicht nur um den Gebäudekomplex sondern auch um das Gebiet bis hin zum Haven Höövt. Dort könnte ein Investor womöglich den Gebäudekomplex wieder abreißen und etwas anderes bauen wollen. Ein solch massiver Eingriff in das Umfeld werde sich auch auf die Grohner Düne auswirken. Sie möchte daher wissen, inwieweit solche Überlegungen sich in dem Konzept niederschlagen. Es sei sehr begrüßenswert, dass auch auf das kulturelle und auf das soziale Angebot eingegangen werde. In Grohn gebe es das Familien- und Kulturzentrum, daran angeschlossen die Schule Am Wasser und den Kindergarten mit Krippe. Wenn man eine Durchmischung wolle, wenn man Integration wolle, dann sei es sehr wichtig, nicht die Immobilie zu betrachten, sondern auch die Angebote im Umfeld zu unterstützen.

Frau Bernhard ist nicht vollständig überzeugt von der Unterstützung der Wohnungsbaugesellschaft. Natürlich hätte längst etwas passieren müssen, es sei auf allen Ebenen eine riesige Herausforderung und man brauche noch eine Menge anderer Maßnahmen und Ideen. Sie möchte wissen, ob es sich bei der Stelle einer/s Gebietsbeauftragten um eine entfristete Vollzeitstelle handle. Der Einsatz von mehr Sprach- und Kulturmittlern sei dringend notwendig, Alle Maßnahmen müssten letztendlich von verschiedenen Seiten flankiert werden, sonst würden alle diese guten Ansätze nichts nützen.

Herr Buchholz stellt fest, dass der Bremen-Nord-Beauftragte offensichtlich die Bewegung in die Szene gebracht habe, die notwendig war, um dieses integrierte Konzept tatsächlich zustande zu bringen. Das Konzept lasse hoffen, werde aber noch nicht alle Probleme lösen. Trotzdem lasse es hoffen, dass die Wohnungsbaugesellschaft bereit war, diese Vereinbarung zustande kommen zu lassen, damit diese Versprechen auch tatsächlich in die Tat umgesetzt werden. Man brauche dringend ein Befriedungskonzept für den Bereich Grohn, denn Polizeieinsätze seien das äußerste Mittel. Viel wichtiger sei die soziale Arbeit vor Ort und dass die Beziehungen der Menschen untereinander stimmen. Das scheine in diesem Konzept vernünftig angelegt zu sein.

Herr Bücking findet die Kooperation mit GCP bemerkenswert. Wenn man sich über soziale Ungerechtigkeit an der Mietfront empöre, dann müsse man mit den Wohnungsbauunternehmen immer wieder ins Gespräch kommen. Man sollte sich keine Illusionen machen, die Probleme seien ausgewachsen und verfestigt. Deswegen sei er davon überzeugt, dass alles, was man sich vornehme, Bildungsoffensive, Arbeitsoffensive, Kümmern um die Kinder, Herrichten des öffentlichen Raums, Reparaturen am Gebäude selbst, Treppenhäuser, Fahrstühle, flankiert sein müsse von einem sehr energischen, sehr lückenlosen Sicherheitskonzept. Die Nachrichten der letzten Wochen hätten das nochmal mehr bestätigt. Hier sei ein stetiger Dialog und vor allem Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen, die das zu bewältigen haben, dringend nötig. Alle sozialen Ambitionen hätten nur eine Chance, wenn die Situation nicht geprägt sei von Angst und Einschüchterung.

Frau Neumeyer fragt nach dem Straßenkreuzungsumbau und der Umgestaltung der unteren Bereiche mit den Geschäften. Sie habe gehört, dass sich diese Maßnahmen verzögerten, da die Mietverträge dies nicht zulassen würden.

Herr Dr. Sünemann erklärt, dass vor einer Umsetzung noch ein Beschluss im Haushalts- und Finanzausschuss eingeholt werden müsse. Eine Prognose, was bis 2019 verwirklicht sein werde, sei schwierig. Aktuell werden erste Gespräche zur Freiraumgestaltung geführt, dabei gehe es um den Kinderspielplatz, um die Freifläche zwischen Haven Hööv't und Grohner Düne. Hier werde zwischen drei verschiedenen Eigentümern, bzw. drei zuständigen Stellen verhandelt. Maßnahmen, die zeitnah umsetzbar seien, sollten dabei auch zeitnah umgesetzt werden. Die Verbesserung der Querungssituation solle ebenfalls zügig umgesetzt werden, dazu laufen Gespräche mit dem Amt für Straßen und Verkehr. Auch für die Umgestaltung des Areals um den Bahnhof laufen vorbereitende Gespräche, für die geplante Hood-Anlage habe man noch einen Bedarfsträger gesucht.

Frau Jüngst ergänzt, dass die Stelle der/ des Gebietsbeauftragten als entfristete Halbtagsstelle vorgesehen sei. Gemessen an der Gebietsgröße sei das angemessen.

Herr Pohlmann bittet um einen Bericht, wenn alle Beschlüsse vorlägen und es an die Umsetzung gehe.

Beschluss:

- 1. Die Deputation stimmt der dargestellten Finanzierung zum IEK Grohn sowie der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung von 3,068 Mio. EUR (Abdeckung in den Haushalten 2018-2020) zu. Die Mittel für 2017 mit 0,33 Mio. EUR sind im Haushalt 2017 veranschlagt.*
- 2. Die Deputation bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die notwendigen Mittel vorrangig im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2018/19 zu berücksichtigen.*
- 3. Die Deputation beschließt entsprechend den beigefügten Übersichtsplänen die Erweiterung der Gebietskulisse für das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ und die Gebietsfestlegung für das Städtebauförderprogramm „Stadtumbau West“ (Anlagen 2 und 3).*

Einstimmig

TOP 12	Fortführung des Programms "Wohnen in Nachbarschaften" (WiN) - 72 -	Vorlage 19/203
---------------	--	-------------------

Frau Jüngst stellt das Programm und die Inhalte der Vorlage vor.

Beschluss:

- 1. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt die Fortführung des Programms Wohnen in Nachbarschaften (WiN) in einer 4. Förderperiode. Die entsprechenden Mittel für 2017 stehen im Haushalt zur Verfügung. Die für die Jahre 2018 ff. notwendigen Mittel werden von den Ressorts SJFIS und SUBV im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/19 sowie der mittelfristigen Finanzplanung prioritär abgesichert.*
- 2. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt die auf Basis des Monitorings 2013 entwickelte Förderkulisse für die Programmjahre 2017 und 2018.*

3. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft befürwortet die Weiterentwicklung des Monitorings der Ressorts sowie die Durchführung einer Evaluation.
4. Auf dieser Basis bittet die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft im Jahr 2019 um Vorlage eines Berichts zur Weiterentwicklung des Programms.

Einstimmig

TOP 13	Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes - 32 -	Vorlage 19/181
--------	---	-------------------

Herr Janßen erinnert an den Antrag zum Thema, den seine Fraktion in der Stadtbürgerschaft eingebracht habe. Im Nachgang der Privatisierung seien die Renditen hier erheblich gestiegen und würden alle vergleichbaren Sektoren bei Weitem übertreffen. Es gebe für viele Bereiche Regularien für Profitobergrenzen bei Monopolstellungen, dadurch dass Netzkonzessionen vergeben werden. Hier sei das nicht der Fall, so dass man eine Renditequote von 25 % habe, auf Kosten der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler. Es sei vereinbart, dass auch keine reale Überprüfung der Kostenstruktur mehr durchgeführt werde. Das sei ein Fehler. Eine Überprüfung der Angemessenheit der Gebühren sei notwendig. Deshalb werde seine Fraktion dieser Veränderung der Gebührensatzung nicht zustimmen. Wenn man schon privatisiert habe, müsse die Rendite zumindest in einem bestimmten Rahmen gehalten werden und nicht ohne eine reale Überprüfung der Kostenstruktur die Gebühren erhöht werden.

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass es Verträge gebe, die eingehalten werden müssten. Dazu laufe eine Klage und sie möchte wissen, ob diese die Möglichkeit eröffnen könnte, über bestimmte Klauseln zu verhandeln.

Herr Strohmann erklärt, dass seine Fraktion die Erhöhung der Gebühren ablehnen werde.

Herr Musiol führt aus, dass die Privatisierung dazu geführt habe, dass die Gebühren weitgehend stabil gehalten werden konnten. Insgesamt seien diese seit 1999 inklusive der jetzt anstehenden Erhöhung nur um etwas über 6 % gestiegen. Die allgemeine Teuerungsrate lag in diesem Zeitraum bei 26%. Das Vertragswerk habe nach bestimmten Zeitabständen die Möglichkeit einer Überprüfung der vertraglich festgelegten Preise vorgesehen. Ein solches Überprüfungsverfahren habe es vor einigen Jahren gegeben. Es habe damals keine Einigung mit hanseWasser gegeben. Für einen solchen Fall sehe der Vertrag vor, dass sich beide Parteien einem Schlichterspruch unterwerfen. Dieser Schlichterspruch habe dazu geführt, dass es eine Senkung des damaligen Preises mit einem positiven, senkenden Effekt für die Gebühr gegeben habe. Der Preis dafür war, dass zukünftige Preisüberprüfungen nicht mehr stattfinden sollten. Mit einer Ausnahme: Wenn im Falle einer verwaltungsgerichtlichen Überprüfung in der letzten Instanz ein Oberverwaltungsgericht urteilen sollte, dass die Gebühr tatsächlich zu hoch angesetzt wäre, dann habe die Stadt das Recht mit der hanseWasser in eine Neuverhandlung der Preise einzusteigen. Aktuell laufe ein solcher Prozess vor dem Verwaltungsgericht, dessen Ausgang man aber nicht prognostizieren könne. Wenn dieser Prozess für die Kläger zum Erfolg führen würde, dann hätte man auch eine Handlungschance.

Die Kommune sei im Übrigen nicht frei, eine Gebühr festzusetzen, sondern es bestehe eine Verpflichtung nach dem Gebühren- und Beitragsgesetz, wonach Benutzungsgebühren die Kosten abdecken müssen. Die Kosten steigen und deswegen müsse die Kommune diese moderate Gebührenerhöhung durchführen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes zu.

Zustimmung
gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und DIE LINKE

<u>Nachtrag TOP 13a)</u>	Ergänzung der Verfahrensvereinfachungen bei der Errichtung von temporären Kindertagesstätten im Rahmen des Sofortprogramms Kita-Mobilbau - 6 -	Vorlage 19/227
------------------------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Senatsvorlage „Maßnahmen zur zeitnahen Errichtung von Kindertagesstätten in der Stadtgemeinde Bremen“ gemäß der Anlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt beschließt den Punkt 3.3.3.1 der Richtlinie für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RLBau) befristet bis zum 31. Dezember 2017 auszusetzen.

Zustimmung
gegen die Stimme der Fraktion der FDP

<u>Nachtrag TOP 13b)</u>	NAS2018 Gründung zweier Gesellschaften Kauf der Entsorgung Nord GmbH -2-	Vorlage 19/211
------------------------------	--	-------------------

Frau Nanninga erläutert die Vorlage.

Herr Janßen weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag beinhalte, dass der Entwicklung in der dargestellten Form zugestimmt werde, also der Minderheitsbeteiligung durch die öffentliche Hand. Zum anderen sei die Fragen nach den Arbeitsverhältnissen und den Tarifverträgen in den zu gründenden Gesellschaften nicht abschließend geklärt. Deshalb werde er nicht zustimmen. Zudem habe seine Fraktion sich für die Rekommunalisierung ausgesprochen, um eine erhebliche Erhöhung des öffentlichen Einflusses zu haben, wozu eine Mehrheitsbeteiligung zielführender gewesen wäre.

Herr Strohm erklärt, dass seine Fraktion die Vorlage ablehnen werde. Gleichwohl glaube er, dass dieses Konstrukt offen halte, in welche Richtung man in den nächsten zehn Jahren gehen werde und gewährleiste, dass es kostengünstig werde. Er möchte wissen, was beim Übergang der ENO mit den Betriebshöfen, Pacht- und Mietverträgen, dem Eigentum der ENO passiere. Hierzu bittet er um eine bilaterale Information.

Frau Dr. Schaefer führt aus, dass mit dieser Minderheitenbeteiligung der öffentlichen Hand mehr Einfluss auf die Zukunft der Abfallwirtschaft ermöglicht werde.

Frau Sprehe unterstützt die Vorlage, auch wenn sie sich persönlich lieber eine 50,1 %ige Beteiligung für die Kommune gewünscht hätte.

Herr Senator Dr. Lohse betont, dass es beim Übergang in die AöR für die Beschäftigten sowohl der Verwaltung als auch der ENO keine Verschlechterung geben werde. Es bestehe Einigkeit darüber, dass weitere Beschäftigungsverhältnisse tarifgebunden sein werden.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der Gründung der Abfalllogistik Bremen GmbH & Co. KG und der Straßenreinigung Bremen GmbH & Co. KG in der dargestellten Form zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem anschließenden Kauf der ENO GmbH & Co. KG durch die Abfalllogistik Bremen GmbH & Co. KG und die Straßenreinigung Bremen GmbH & Co. KG sowie dem weiteren Verfahren in der dargestellten Form zu.

Zustimmung

gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und DIE LINKE

TOP 14	Berichte der Verwaltung	
TOP 14a)	Sachstand zum Neubau der Studentenwohnungen im Bereich des Bremer Hauptbahnhofes (Postamt 5 und ehemalige Gleishalle) -6-	BdV schriftlich

vertagt

TOP 14b)	Bedarfsanalyse aktiver Lärmschutz 2025 Bahnstreckenabschnitte, die für bremische Lärmschutzmaßnahmen in Frage kommen Zwischenbericht -2-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

vertagt

TOP 14c)	Querungshilfen - Prioritäten und zeitliche Perspektiven - ASV -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

vertagt

TOP 14d)	Erfahrungen mit dem Stellplatzortsgesetz - 50 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

vertagt

TOP 14e)	Innenstadtparkhäuser bedarfsgerecht weiterentwickeln - 5-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

vertagt

TOP 14f)	Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des Bürgerchaftsbeschlusses „Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße“ - 7-2, BBN -	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

vertagt

TOP 14g)	Bauträgerfreie Grundstücke in Bremen und Bremerhaven - 71 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

vertagt

TOP 15	Verschiedenes	
---------------	----------------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Bericht zum Gesamtkonzept Neuordnung Huckelrieder Friedhof	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Dr. Schaefer	Geplant am 27.04.2017
Einrichtung von Kinderspielplätzen bei Bauvorhaben	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saxe	Geplant am 23.02.2017
Stand des Bebauungsplanverfahren Osterfeuerberger Ring	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Pohlmann	Geplant am 27.04.2017
Gemeinschaftliches Wohnen in Bremen	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Bücking	Geplant am 23.02.2017
Weitere Projekte „Tarzan Jane“ in Huchting	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Senkal	Geplant am 23.02.2017
Weitere Planung zur Umsetzung des Gesamtkonzepts „Diskomeile“	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Senkal	Geplant am 23.02.2017

Herr Pohlmann schließt die 15. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll